

WAHLPRÜFSTEINE zu den Landtagswahlen im Mai 2010

**vorgelegt von der Landesarbeitsgemeinschaft Krebsberatungsstellen in NRW
(LAG KBS NRW)**

Beantwortung durch:

**Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN
im Landtag NRW**

An Krebs erkrankte Menschen erleben sich häufig mit einer physischen, psychischen und finanziellen Bedrohung konfrontiert. Für die Erhaltung und Absicherung von Lebensgrundlagen benötigen viele der Betroffenen psychosoziale/psychoonkologische Hilfestellung. Dies ist originäre Aufgabe von Krebsberatungsstellen.

- I. Welche Möglichkeiten der Politik sehen Sie, Krebsberatungsstellen in eine Regelfinanzierung zu überführen?

Antwort:

Bereits in den Jahren der rot-grünen Landesregierung hat sich die GRÜNE Landtagsfraktion regelmäßig für Förderung der Krebsberatungsstellen eingesetzt und erreicht, dass eine landesseitige Förderung eingerichtet wurde. Diese Finanzierung der Krebsberatungsstellen ist nach dem Regierungswechsel von der schwarz-gelben Landesregierung 2006 auf Null gesetzt worden. Wir GRÜNEN haben uns deshalb bei den jährlichen Haushaltsberatungen in der auslaufenden Legislaturperiode regelmäßig mit Nachdruck für eine weitere Unterstützung der Krebsberatungsstellen durch das Land eingesetzt. So haben wir bspw. bei den Haushaltsberatungen 2008 den Antrag der Krebsberatungsstellen übernommen und 255.000 Euro zur Förderung der niedrigschwelligen Informations- und Kommunikationsmöglichkeit für

Ratsuchende und BeraterInnen und die Schulung ehrenamtlich tätiger BeraterInnen in den Krebsberatungsstellen beantragt. Bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2010 haben wir schließlich für die Unterstützung des Palliativnetzwerkes und für die Förderung der Krebsberatungsstellen insgesamt 1.100.000 Euro beantragt.

2. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um landesweit flächendeckend eine unabhängige und qualifizierte Information, Beratung und psychoonkologische Begleitung von krebskranken Menschen und deren Angehörigen zu gewährleisten?

Antwort:

Wir teilen die Auffassung der Krebsberatungsstellen, dass die Bewältigung der Krankheitsfolgen von Krebs nicht nur ein privates, sondern auch ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Problem darstellt. Die Kenntnis der realen Möglichkeiten der medizinischen Versorgung, einschließlich der Rehabilitation und der gegebenen Eingliederungshilfen ist zwingende Voraussetzung für die Selbstbestimmung tumor Erkrankter Menschen. Krebsberatungsstellen sind dabei ein unverzichtbarer Teil einer fachonkologischen Beratungs- und Behandlungskette. Dabei spielt die unabhängige Beratung ohne eigene finanzielle Interessen für die Patientinnen und Patienten eine zentrale Rolle. Neben Information und Beratung nehmen Krebsberatungsstellen in diesem Sinne eine Lotsenfunktion wahr, die der Koordinierung von Leistungen dient. Eine gute Vernetzung mit den entsprechenden Trägern und Einrichtungen der örtlichen Gesundheitshilfe ist dabei notwendig. Im besonderen Maße muss es darum gehen, in allen Regionen ein Angebot unabhängiger Beratung und Begleitung sicherzustellen.

Wir halten hierzu eine regelhafte Förderung u.a. der niedrigschwelligen Informations- und Kommunikationsangebote sowie der Schulungen ehrenamtlich tätiger BeraterInnen für notwendig.

3. Welchen Beitrag kann und soll das Land NRW leisten, um Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der LAG Krebsberatungsstellen in NRW auch in Zukunft zu ermöglichen?

Antwort:

Wir Grüne halten eine kontinuierliche Förderung der Krebsberatungsstellen durch das Land NRW für notwendig, um qualitätsgesicherte und umfassende Beratungsangebote für betroffene Menschen und ihre Angehörigen wohnortnah und auch niedrigschwellig anbieten zu können. (Siehe hierzu auch Antwort zu Frage 1)